Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 490**

18. Wahlperiode **3.9.2026**

Antrag

der Abg. Ansgar Mayr und Christian Gehring u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus

Auswirkungen der europäischen Verteidigungswirtschaft und sicherheitspolitischen Resilienz auf Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Bedeutung die Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft für Baden-Württemberg hat, insbesondere hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten, der wirtschaftlichen Wertschöpfung sowie der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten;

2. in welchen Bereichen Baden-Württemberg über besondere industrielle und technologische Kompetenzen verfügt, die für den Ausbau der deutschen und europäischen Verteidigungsfähigkeit von Bedeutung sind;

3. welche Potenziale die Landesregierung für einen Ausbau verteidigungswirtschaftlicher Produktions- und Entwicklungskapazitäten in Baden-Württemberg sieht;

4. welche Hemmnisse einem solchen Ausbau derzeit entgegenstehen, insbesondere hinsichtlich Genehmigungsverfahren, Flächenverfügbarkeit, Fachkräftebedarf, Finanzierung, Planungssicherheit und gesellschaftlicher Akzeptanz;

5. mit welchen Maßnahmen die Landesregierung Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups, beim Einstieg in die Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft beziehungsweise bei der Ausweitung ihrer Aktivitäten unterstützen kann;

6. welche Chancen sich für Unternehmen aus Baden-Württemberg durch die verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie und den Ausbau des europäischen Marktes für Verteidigungsgüter ergeben;

7. wie die Landesregierung Unternehmen und Forschungseinrichtungen dabei unterstützt, sich an europäischen Förderprogrammen, Ausschreibungen und grenzüberschreitenden Verteidigungsprojekten zu beteiligen;

Eingegangen: 3.9.2026 / Ausgegeben: 30.9.2026

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, Unternehmen aus Baden-Württemberg stärker in europäische Beschaffungs- und Lieferketten sowie in gemeinsame Rüstungs- und Technologieprojekte einzubinden;

9. wie die Landesregierung die Widerstandsfähigkeit Baden-Württembergs gegenüber Cyberangriffen, Sabotage, Desinformation und weiteren hybriden Bedrohungen bewertet;

10. wie der Informations- und Erfahrungsaustausch Baden-Württembergs mit dem Bund, anderen Ländern, den europäischen Partnern und der Europäischen Union zur Abwehr von Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen organisiert ist;

11. welche Potenziale die Landesregierung für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich und weiteren europäischen Partnern in den Bereichen Cybersicherheit, Bevölkerungsschutz, kritische Infrastruktur und Verteidigungstechnologie sieht;

12. welche Auswirkungen ein möglicher Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union nach Einschätzung der Landesregierung auf die baden-württembergische Verteidigungswirtschaft haben könnte;

13. ob die Landesregierung die Ukraine aufgrund ihrer hohen Innovationsgeschwindigkeit und praktischen Erfahrungen insbesondere in den Bereichen Drohnen, digitale Gefechtsführung, Cybersicherheit und Verteidigungsproduktion als künftigen Partner und Wettbewerber Baden-Württembergs auf dem europäischen Verteidigungsmarkt sieht (mit der Bitte um Darlegung der Gründe).

3.9.2026

Mayr, Gehring, Saladino, Schindele, Dr. Bastian Schneider CDU

Begründung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich grundlegend verändert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, zunehmende Cyberangriffe, Sabotage, Desinformation und weitere hybride Bedrohungen zeigen, dass Sicherheit nicht allein eine militärische Aufgabe ist. Sie setzt eine leistungsfähige Verteidigungswirtschaft, widerstandsfähige staatliche und wirtschaftliche Strukturen sowie eine enge Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands und der Europäischen Union voraus.

Baden-Württemberg verfügt mit seiner starken industriellen Basis, seiner ausgeprägten Forschungslandschaft und seinen Kompetenzen unter anderem im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektronik, der Sensorik, der Luft- und Raumfahrt, der Cybersicherheit und der künstlichen Intelligenz über wichtige Voraussetzungen, um einen größeren Beitrag zur deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit zu leisten. Davon können zugleich neue Absatzmärkte, technologische Innovationen, zusätzliche Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze im Land ausgehen.

Eine stärkere europäische Zusammenarbeit und gemeinsame Beschaffung können zur Bündelung der Nachfrage, zur Vereinheitlichung von Standards und zum Aufbau leistungsfähiger europäischer Produktionskapazitäten beitragen. Mit Blick auf eine weitere Annäherung und einen möglichen späteren Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union ergeben sich zusätzliche Chancen und Herausforderungen. Die Ukraine verfügt aufgrund ihrer unmittelbaren Kriegserfahrung über eine hochinnovative und dynamische Verteidigungswirtschaft. Sie ist damit sowohl ein wichtiger künftiger Kooperationspartner als auch ein zunehmend wettbewerbsfähiger Akteur auf dem europäischen Markt.

Der Antrag soll die Potenziale Baden-Württembergs, bestehende Hemmnisse sowie die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen für eine stärkere sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene aufzeigen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 25. September 2026 Nr. D48246/2026 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa sowie dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. *welche Bedeutung die Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft für Baden-Württemberg hat, insbesondere hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten, der wirtschaftlichen Wertschöpfung sowie der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten;*

2. *in welchen Bereichen Baden-Württemberg über besondere industrielle und technologische Kompetenzen verfügt, die für den Ausbau der deutschen und europäischen Verteidigungsfähigkeit von Bedeutung sind;*

3. *welche Potenziale die Landesregierung für einen Ausbau verteidigungswirtschaftlicher Produktions- und Entwicklungskapazitäten in Baden-Württemberg sieht;*

Zu den Ziffern 1, 2 und 3 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft hat für Baden-Württemberg eine hohe industrie- und technologiepolitische Bedeutung. Dabei handelt es sich nicht um eine klar abgegrenzte Branche, sondern um einen Querschnittsbereich. In diesen wirken Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus unterschiedlichen Industriezweigen mit sicherheits- und verteidigungsrelevanten Produkten, Technologien und Kompetenzen hinein. Entsprechend lässt sich der Sektor hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten sowie seiner wirtschaftlichen Wertschöpfung nicht trennscharf erfassen. Neben spezialisierten Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) tragen insbesondere auch Unternehmen, darunter zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen (KMU), aus dem Maschinen- und Anlagenbau, der Fahrzeugindustrie, der Luft- und Raumfahrt, der Elektro- und Informationstechnik sowie weiteren Branchen zur Wertschöpfung bei.

Das Land hat durch einschlägig arbeitende wissenschaftliche Einrichtungen und eine starke SVI ein besonders ausgeprägtes Profil in der Sicherheits- und Verteidigungsforschung: Vier Institute des Leistungsbereichs Verteidigung, Vorbeugung und Sicherheit der Fraunhofer-Gesellschaft und drei Standorte des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), jeweils mit langjähriger Expertise im Bereich Verteidigung, sind in Baden-Württemberg verortet. Neun Universitäten und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften entwickeln in zahlreichen Fragestellungen zu Resilienz, technologischer Souveränität und Zukunftstechnologien sicherheitsrelevante Beiträge. Darüber hinaus sind die Universitätsklinika besonders relevante Akteure für eine resiliente Gesundheitsversorgung.

Mit dem neuen Innovationscampus Sicherheit und Verteidigung, der im Oktober 2026 offiziell eröffnet wird, sollen die vorhandenen Kompetenzen für Forschung und Entwicklung umfassend und nachhaltig vernetzt werden, um Potenziale der Zusammenarbeit mit Unternehmen und Bedarfsträgern zu stärken. Grundlegendes Ziel ist es, sicherheitsrelevante Innovationen unter Einbindung aller Fähigkeiten schnell zu entwickeln und dabei insbesondere die Perspektive der Behörden und Organisationen für Sicherheitsaufgaben einzubeziehen. Mit bestehenden Ökosystemen, wie etwa Quantum^{BW} und THE aerospace LÄND, wird der neue Innovationscampus synergetisch zusammenarbeiten.

Als ausgeprägter High-Tech-Standort verfügt Baden-Württemberg über Kompetenzen, die für die Stärkung der deutschen und europäischen Verteidigungsfähigkeit von besonderer Bedeutung sind. Dazu zählen insbesondere Technologien in den Bereichen Sensorik, Radar, Optronik, Antriebstechnik sowie Luft- und Raumfahrt. Konkret wird dies beispielsweise im Militärfahrzeugbau deutlich. Moderne Militärfahrzeuge benötigen neben einem leistungsfähigen Antrieb auch eine belastbare Leistungselektronik sowie einsatztaugliche Softwarelösungen und ein ausgefeiltes Thermomanagement.

Baden-Württemberg gehört, neben Bayern, zu den wichtigsten Standorten der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft. Regionale Schwerpunkte liegen u. a. in den Räumen Bodensee/Oberschwaben, Ulm, Ostalb sowie der Region Stuttgart/Oberndorf. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich für Baden-Württemberg grundsätzlich erhebliche Potenziale für den Ausbau verteidigungswirtschaftlicher Produktions- und Entwicklungskapazitäten. Diese liegen sowohl in der Weiterentwicklung und Skalierung bestehender Kompetenzen als auch in der Übertragung ziviler Technologien und industrieller Fähigkeiten auf sicherheits- und verteidigungsrelevante Anwendungen.

Dadurch ergeben sich zusätzliche Anknüpfungspunkte für Unternehmen und Beschäftigte aus Industriebereichen, die sich derzeit in einem tiefgreifenden Strukturwandel befinden. Insbesondere mit Blick auf die Automobilwirtschaft kann der Aufwuchs in der SVI dazu beitragen, Transformationsprozesse teilweise abzufedern und industrielle Wertschöpfung sowie hochqualifizierte Arbeitsplätze im Land zu sichern.

4. welche Hemmnisse einem solchen Ausbau derzeit entgegenstehen, insbesondere hinsichtlich Genehmigungsverfahren, Flächenverfügbarkeit, Fachkräftebedarf, Finanzierung, Planungssicherheit und gesellschaftlicher Akzeptanz;

Der derzeitige Hochlauf der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ist auch von einem intensiven innerdeutschen Standortwettbewerb geprägt. Während die Branche lange Zeit politisch und gesellschaftlich eher zurückhaltend bewertet wurde, setzen sich nunmehr Bundesländer und Regionen sehr aktiv für die Neuansiedlung bzw. den Standortausbau von Sicherheits- und Verteidigungsunternehmen ein. Ein neuer, entscheidender Faktor im Standortwettbewerb ist das Entstehen von Rüstungstechnologie-Ökosystemen. Es geht nicht mehr nur um klassische Rüstungsgüter wie Panzer, sondern zunehmend auch um Dual-Use-Technologien (KI, Robotik, Drohnen, Cybersicherheit). Dies führt dazu, dass ein entscheidender Erfolgsfaktor die Schnelligkeit ist, mit der einem Unternehmen aus dem SVI-Bereich z. B. Flächen zur Verfügung gestellt, qualifizierte Mitarbeiter angeboten oder auch maßgeschneiderte finanzielle Fördermaßnahmen in Aussicht gestellt werden können.

Für die Ansiedlung neuer SVI-Unternehmen wie auch für Erweiterungen oder Standortverlagerungen von SVI-Unternehmen innerhalb Baden-Württembergs ist die schnelle und ausreichende Bereitstellung attraktiver und geeigneter Flächen in Zeiten eines verstärkten Standortwettbewerbs von entscheidender Bedeutung. Für eine zukunftsfähige Standortentwicklung in Baden-Württemberg reicht auch die Reaktivierung von Brachflächen alleine nicht aus; parallel dazu müssen auch neue Gewerbeflächen ausgewiesen, gegebenenfalls von den Kommunen erworben und erschlossen werden. Die dafür notwendigen Finanzmittel stehen den Kommunen oftmals nicht zur Verfügung.

Ein dafür zu schaffendes, flexibles Unterstützungsinstrument sollte neben Erschließungsmaßnahmen auch die Förderung des Erwerbs von Grundstücken durch die Kommunen beinhalten. Dies betrifft sowohl Brachflächen als auch neue Gewerbeflächen.

Beim Fachkräftebedarf gilt es Engpässe zu vermeiden, die gegebenenfalls durch die notwendigen Sicherheitsüberprüfungen auftreten können.

Während strukturschwächere Regionen in Deutschland hohe, nicht rückzahlbare Investitionszuschüsse vergeben dürfen, ist der Handlungsspielraum in Baden-Württemberg durch das EU-Beihilferecht stark reglementiert. Der im Jahr 2025 veröffentlichte „Defence Readiness Omnibus“ der EU-Kommission[1] schafft jedoch erhebliche finanzielle Spielräume und bürokratische Erleichterungen, mit denen EU-Mitgliedsstaaten bzw. einzelne Bundesländer die Hochskalierung von Produktionsanlagen im SVI-Sektor gezielt unterstützen können. Die sich aus dieser Mitteilung ergebenden Unterstützungsoptionen muss das Land aktiv nutzen und auch mit den entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegen.

5. mit welchen Maßnahmen die Landesregierung Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups, beim Einstieg in die Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft beziehungsweise bei der Ausweitung ihrer Aktivitäten unterstützen kann;

Der SVI-Sektor ist traditionell mit sehr hohen Einstiegshürden verbunden, was KMU noch stärker trifft. Obwohl der Markt durch die steigenden Verteidigungsausgaben erhebliche Wachstumschancen bietet, schränken komplexe rechtliche und strukturelle Barrieren den Zugang für den Mittelstand stark ein. Unternehmen müssen extrem strenge gesetzliche Auflagen (z. B. das Kriegswaffenkontrollgesetz in Deutschland) sowie restriktive Rüstungsexportberichte und Genehmigungsverfahren durchlaufen. Für eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder großen Systemhäusern sind spezielle Sicherheitsüberprüfungen, Geheimschutzauflagen und militärische Qualitätsstandards (z. B. AQAP-Zertifizierungen) erforderlich.

Um den Einstieg in die Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft zu erleichtern, haben der Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) geförderte Plattform „SVI-Connect“ ins Leben gerufen, die kostenlos genutzt werden kann und Unternehmen innerhalb der deutschen SVI bei der Vernetzung unterstützt.

Darüber hinaus arbeitet die Landesregierung eng mit dem Landeskommando Baden-Württemberg sowie mit den vorhandenen Netzwerken und Clustern (beispielsweise IHK, Wirtschaftsförderungen, Industrieverbände) zusammen. Das Land hat beispielsweise mit unterschiedlichen Industrie- und Handelskammern oder der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart gemeinsame Informations- und Netzwerkveranstaltungen rund um das Thema Sicherheit und Verteidigung durchgeführt.

Für die Koordinierung der IHK-Aktivitäten haben die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (BWIHK) die Koordinierungsstelle für Gesamtverteidigung eingerichtet. Dort wurde zum Beispiel ein Quick Check zur Rüstungsbeschaffung entwickelt, der als standardisiertes Tool insbesondere für KMU die Prüfung erleichtert, ob sie die formalen Grundvoraussetzungen für eine Beauftragung durch die Bundeswehr oder andere Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben erfüllen. Auch die Wirtschaftsregion Stuttgart, der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Photonics BW, die Allianz Faserbasierte Werkstoffe Baden-Württemberg (AFBW) und weitere Verbände haben ein eigenes Netzwerk rund um Sicherheit und Verteidigung ins Leben gerufen und leisten ihren Beitrag zur branchenübergreifenden Vernetzung der Akteure.

Die L-Bank bietet als Förderbank des Landes verschiedene zinsvergünstigte und in der Regel branchenoffene Förderdarlehen an, die gewerbliche Unternehmen in Baden-Württemberg und damit grundsätzlich auch Unternehmen im SVI-Bereich bei einer Vielzahl von Vorhaben unterstützen können. Mit diesen Förderdarlehen können zum einen vorhabenoffene Investitionen unterstützt werden, wie beispielsweise im Rahmen der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung (GuW-BW). Besonders attraktive Zinskonditionen und gegebenenfalls Tilgungszuschüsse erhalten weiterhin Investitionsvorhaben mit innovativem Charakter im Rahmen der Innovationsfinanzierung. Außerdem können Betriebsmittel finanziert und Unternehmen damit in ihrem Bestand gesichert werden, wie etwa im Rahmen des Liquiditätskredits.

[1] Europäische Kommission, Mitteilung an das EU-Parlament und den Rat, Omnibus-Paket für die Verteidigungsbereitschaft, SWD (2025) 820 final

Die Förderdarlehen der L-Bank und programmungebundene Kredite können gegebenenfalls mit Bürgschaften der Bürgschaftsbank oder der L-Bank unterlegt werden, sollten nach Einschätzung der Hausbank keine ausreichenden Sicherheiten vorhanden, die Kreditnehmer aber gleichwohl kapitaldienstfähig sein.

Das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus unterstützt darüber hinaus branchenoffen KMU sowie Start-ups bei Innovations- und Gründungsvorhaben. Das einzelbetriebliche Innovationsförderprogramm Innovationsgutscheine ermöglicht die Inanspruchnahme von externen Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen durch KMU sowie Start-ups im Rahmen von Produkt-, Dienstleistungs- und Verfahrensinnovationen und kann somit auch zum Einstieg in neue bzw. zur Ausweitung von Marktbereichen genutzt werden. Im Rahmen des Förderprogramms werden Zuschüsse je nach Gutscheinlinie bis zu 20 000 Euro bei einem Fördersatz von 50 Prozent gewährt. Im Rahmen der Start-up BW Acceleratoren werden Gründungsteams bereits in der sehr frühen Gründungsphase unterstützt und in ihrer Entwicklung über den Markteintritt bis hin zur Finanzierungsreife – zum Beispiel in Form von Mentoring, Coaching, Netzwerkaufbau oder Unterstützung bei der Prototypentwicklung – begleitet. Die Acceleratoren greifen auf ihr breites Netzwerk von Expertinnen und Experten aus verschiedenen Branchen und Fachgebieten zurück. Der CyberLab High Potential IT Accelerator in Karlsruhe richtet sich mit seinem Angebot dabei u. a. explizit an Start-ups im Bereich IT-Security.

6. welche Chancen sich für Unternehmen aus Baden-Württemberg durch die verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie und den Ausbau des europäischen Marktes für Verteidigungsgüter ergeben;

Die verstärkte europäische Zusammenarbeit in der SVI und der Ausbau des europäischen Marktes für Sicherheits- und Verteidigungsgüter bieten baden-württembergischen Unternehmen eine Vielzahl von Chancen.

Die europäische SVI steht vor einer Reihe von Herausforderungen, darunter die Notwendigkeit, die militärische Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit zu stärken sowie die wachsende Bedeutung von zivilen Technologien in die Branche zu integrieren. Gleichzeitig bietet die europäische Zusammenarbeit in der SVI Möglichkeiten für eine stärkere Kooperation, aber auch für einen größeren Wettbewerb. Ein wichtiger Aspekt der SVI ist insbesondere ihre Querschnittsnatur (vgl. Stellungnahme zu den Ziffern 1, 2 und 3). Somit sind Unternehmen aus verschiedenen Branchen und Sektoren in der Lage, ihre Produkte und Dienstleistungen für die Verteidigungsindustrie einzusetzen und von der europäischen Zusammenarbeit zu profitieren.

Das wachsende Interesse der baden-württembergischen Wirtschaft an europäischer Zusammenarbeit im Bereich der SVI wird auch an der regen Beteiligung an Standortmarketing- und Außenwirtschaftsmaßnahmen in diesem Bereich deutlich. Das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus nimmt die Entwicklung in diesem branchenübergreifenden Sektor der SVI und im Dual-Use-Bereich deutlich wahr und unterstützt die Internationalisierung im europäischen Markt und die Exportfähigkeit in diesem Bereich zur Generierung grenzüberschreitender Wertschöpfung gezielt. Die stärkere Zusammenarbeit innerhalb der Verteidigungsindustrie gewinnt auch für die „Vier Motoren für Europa“ zunehmend an Bedeutung. Im laufenden Präsidentschaftsprogramm 2026/2027 bildet sie daher einen wichtigen Schwerpunkt für das Netzwerk.

Es finden seit einigen Jahren verstärkt Wirtschaftsdelegationsreisen zu diesem Thema vor allem in das europäische Ausland statt und es werden Beteiligungsmöglichkeiten auf entsprechenden Fachmessen im europäischen Ausland angeboten. Auch im Inland werden vermehrt Besuchsprogramme für europäische Unternehmen und Unternehmensdelegationen durchgeführt, um über die SVI in Baden-Württemberg zu informieren und direkte Kontakte mit baden-württembergischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen herzustellen. Außerdem werden Gemeinschaftsstände auf internationalen Leitmessen im In- und Ausland organisiert.

Zuletzt besuchte Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL beispielsweise begleitet von einer Fachdelegation vom 8. bis 9. September 2026 die Verteidigungsmesse MSPO in Kielce (Polen), die sich in den letzten Jahren zu einer der größten Messen Europas in diesem Bereich entwickelt hat. Hier war Baden-Württemberg international – ebenso wie auf der Enforce Tac in Nürnberg – mit einem ausgebuchten Firmengemeinschaftsstand vertreten. Die Unternehmen suchten auf der Messe neue Geschäftsfelder und -partner. Das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus war zudem auf der Eurosatory in Paris präsent, auf der insbesondere in die französischen Partnerregionen Kontakte geknüpft und Potenziale für strategische Zusammenarbeit ausgelotet wurden und plant im November 2026 eine Delegationsreise in den Großraum Toulouse/Bordeaux zu diesem Thema.

Die Modernisierung europäischer Streitkräfte und die Investition in neue Technologien bieten baden-württembergischen Unternehmen Chancen für Kooperationen und Geschäfte, insbesondere in den Bereichen KI, Robotik, Sensorik, Kommunikation, Cybersecurity und autonome Systeme. Neben der klassischen Lieferung werden zum Beispiel in Polen zunehmend industrielle Beteiligung, lokale Wertschöpfung, Technologietransfer sowie Kooperationen mit polnischen Unternehmen relevant. Über das europäische Darlehensinstrument SAFE (Security Action for Europe) stehen Polen zudem erhebliche zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten für Beschaffung und industrielle Kapazitäten zur Verfügung. Aber auch in Frankreich bieten sich große Chancen: Die französische Industrie benötigt eine große Zahl spezialisierter Technologie- und Fertigungspartner. Präzisionsfertigung, hochwertige Werkstoffe, Sensorik, Mess- und Prüftechnik sowie KI sind hier als besonders interessante Schnittstellen zu nennen.

Insbesondere auch in den skandinavischen Ländern – allen voran Schweden und Finnland – werden große Potenziale der Zusammenarbeit und Geschäftsmöglichkeiten gesehen. Beide Länder verfügen über global agierende Akteure in der SVI, bieten jedoch auch Anknüpfungsmöglichkeiten zu innovativen Start-Ups vor allem im Dual-Use Bereich. Weitere Kooperationsmöglichkeiten werden aufgrund einer ähnlich starken Wirtschaftsstruktur wie in Baden-Württemberg und einer hohen Innovationsfähigkeit insbesondere mit niederländischen Partnern gesehen. Insbesondere die wirtschaftsstarke Provinz Nordbrabant sucht Partner für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

7. wie die Landesregierung Unternehmen und Forschungseinrichtungen dabei unterstützt, sich an europäischen Förderprogrammen, Ausschreibungen und grenzüberschreitenden Verteidigungsprojekten zu beteiligen;

Eine zentrale Aufgabe der Geschäftsstelle des Innovationscampus Sicherheit und Verteidigung wird sein, eine systematische Übersicht zu Fördermöglichkeiten zu entwickeln, die Netzwerkmitglieder regelmäßig über Förderprogramme zu informieren, zur Bildung von Projektkonsortien beizutragen und Sorge dafür zu tragen, dass die Problem- und Anwendungsvalidierung der Behörden und Organisationen für Sicherheitsaufgaben bestmöglich einbezogen wird.

Für die erfolgreiche Einwerbung europäischer Fördermittel sind gezielte Informationen zu EU-Fördermaßnahem, insbesondere im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“, entscheidend. So werden im Rahmen des „Enterprise Europe Network“ (EEN) lokale Netzwerke mit EU-Mitteln gefördert, die KMU, Start-ups, Forschungseinrichtungen und Hochschulen mit Informationen, Beratungen und praktischer Hilfe unterstützen. Vor diesem Hintergrund fördert das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus die Steinbeis 2i GmbH als Mitglied des regionalen EEN-Konsortiums „BW Europe“ und bei Erstberatungen bei Anträgen, um die europäische Fördermitteleinwerbung im Land über alle Technologiefelder hinweg zu verbessern.

Auch im Rahmen von Invest BW sind Projekte der Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft antragsberechtigt. Invest BW ist das größte einzelbetriebliche Förderprogramm in der Geschichte Baden-Württembergs. Durch die Förderung von mehr als 900 Projekten wurden Investitions- und Innovationsvorhaben im Umfang von nahezu 1 Milliarde Euro angestoßen. Der Invest BW-Förderaufruf vom 8. Mai 2025 hatte dezidiert Sicherheit und Verteidigung als Schwerpunkt gesetzt.

8. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, Unternehmen aus Baden-Württemberg stärker in europäische Beschaffungs- und Lieferketten sowie in gemeinsame Rüstungs- und Technologieprojekte einzubinden;

Im Bereich SVI werden auf europäischer Ebene Aspekte gemeinsamer Beschaffung, grenzüberschreitender industrieller Kooperation und gemeinsamer Technologieprojekte deutlich ausgebaut. Wichtige Initiativen sind der politische Rahmen „Readiness 2030“ zur Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten, das Darlehensinstrument SAFE zur Finanzierung gemeinsamer Beschaffung, das Europäische Verteidigungsindustrieprogramm (European Defense Industry Programme, EDIP) zur Stärkung der europäischen Produktionsfähigkeiten sowie der Europäische Verteidigungsfonds (European Defense Fund, EDF) zur Förderung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Daraus können sich Beteiligungsmöglichkeiten für Unternehmen aus Baden-Württemberg ergeben.

9. wie die Landesregierung die Widerstandsfähigkeit Baden-Württembergs gegenüber Cyberangriffen, Sabotage, Desinformation und weiteren hybriden Bedrohungen bewertet;

10. wie der Informations- und Erfahrungsaustausch Baden-Württembergs mit dem Bund, anderen Ländern, den europäischen Partnern und der Europäischen Union zur Abwehr von Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen organisiert ist;

11. welche Potenziale die Landesregierung für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere mit Frankreich und weiteren europäischen Partnern in den Bereichen Cybersicherheit, Bevölkerungsschutz, kritische Infrastruktur und Verteidigungstechnologie sieht;

Zu den Ziffern 9, 10 und 11 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Hybride Angriffe, hinter denen regelmäßig fremdstaatliche Akteure stehen, verbinden physische, digitale und psychologische Mittel. Die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden reagieren auf die derzeitige Gefährdungslage mit erhöhter Wachsamkeit, enger Vernetzung und Abstimmung sowie dem Ausbau ihrer Fähigkeiten in diesem Bereich.

Cyberspionage und -sabotage: Baden-Württemberg ist im Cyberbereich mit seinen Sicherheitsbehörden und der Umsetzung vielfältiger Maßnahmen gut aufgestellt. Hervorzuheben ist jedoch, dass sich die Bedrohungslage im Cyberraum massiv verschärft hat und sich durch den Einsatz fortschrittlicher KI-Modelle auch auf Seiten potenzieller Angreifer weiter verschärfen wird. Daher ist es unabdingbar, die Cyberabwehr und -sicherheit als eine Säule der Sicherheitspolitik zu betrachten und entsprechend weiterzuentwickeln und die bestehenden Maßnahmen und Strukturen auszubauen.

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags bearbeitet das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Cyberangriffe mit fremdstaatlichem Hintergrund. Zu den Hauptaufgaben der Cyberabwehr des LfV zählen in diesem Zusammenhang die frühzeitige Angriffserkennung, die technische Analyse der Angriffsmethodik, die Gewinnung von Erkenntnissen über mögliche Urheber sowie die Prävention und die Sensibilisierung. Dieses Präventionsangebot richtet sich an Unternehmen sowie staatliche Einrichtungen und gliedert sich in anlassbezogene und allgemeine Beratungsformate. Die gesamte Präventionsarbeit der Spionage- und Cyberabwehr des LfV erfolgt dabei in enger Zusammenarbeit mit dem Behörden- und Wirtschaftsschutz des LfV, mit anderen Behörden im Verfassungsschutzverbund und mit den Sicherheitsbehörden des Landes, insbesondere dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) und der Cybersicherheitsagentur (CSBW).

Bereits im Jahr 2013 wurde beim LKA BW die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) eingerichtet, welche rund um die Uhr erreichbar ist. Behörden und Unternehmen haben damit im Kampf gegen hybride Bedrohungen im Cyberraum und Cyberkriminalität im Allgemeinen einen zentralen Ansprechpartner bei der

Polizei. Die ZAC kann bei konkreten Cybervorfällen beratend unterstützen, zeitnah polizeiliche Erstmaßnahmen veranlassen und sich anlassbezogen eng mit dem LfV und der CSBW abstimmen. Darüber hinaus bietet die ZAC Präventionsveranstaltungen für institutionelle Bedarfsträger (z. B. Unternehmensverbände, Behörden) an.

Mit der CSBW verfügt das Land über eine zentrale Koordinierungs- und Meldestelle zur Stärkung der Cybersicherheit und der digitalen Widerstandsfähigkeit des Landes. Dazu setzt die CSBW insbesondere auf Prävention, Detektion und Reaktion – also darauf, Cyberangriffe zu verhindern, Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und im Ernstfall schnell und wirksam zu reagieren. Die CSBW unterstützt ihre Zielgruppen – im Fokus stehen dabei die Landesverwaltung und weitere öffentliche Stellen – mit vielfältigen Angeboten zur Verbesserung ihrer Cybersicherheit. Das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus trägt darüber hinaus insbesondere durch Maßnahmen der Wirtschafts- und Innovationsförderung dazu bei, dass sich Unternehmen im Land besser vor Cyberangriffen schützen können. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Unterstützung von KMU. Darüber hinaus arbeitet das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus gemeinsam mit CSBW und dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa an der weiteren Bekanntmachung bestehender Angebote für mehr Cybersicherheit.

Die CSBW steht im ständigen Austausch mit allen relevanten Sicherheitsbehörden sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren auf Landes- und Bundesebene und auch international. Insbesondere mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) besteht eine enge Zusammenarbeit und eine Kooperationsvereinbarung. Überdies wird die CSBW künftig an die Informationsstränge des Nationalen Cyber-Abwehrzentrums (NCAZ) angebunden, der formale Beitritt Baden-Württembergs über die CSBW zum NCAZ wird aktuell vorbereitet.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa und die CSBW legen großen Wert auf die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit mit Partnern auf nationaler und auf subnationaler Ebene. Diese Partnerschaften umfassen unter anderem regelmäßige Expertengespräche. Im Bereich der Cybersicherheit sind wechselseitige Hospitationen und gemeinsame Krisenübungen angelegt und es entstehen konkrete operative Mehrwerte durch den Austausch von technischen Hinweisen über Cyberrisiken (z. B. IOCs oder Darknet-Funde). Ein wichtiger Mehrwert aus den internationalen Partnerschaften sind die strategischen Impulse für die konzeptionelle, thematische und organisatorische Aufstellung in Baden-Württemberg. Seit mehreren Jahren bestehen im Bereich der Cybersicherheit enge Kooperationen in Europa u. a. mit Finnland, Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und den drei Partnerregionen der Vier Motoren für Europa (4ME). In internationalen Partnerschaften werden große Potenziale gesehen, die kontinuierlich zielgerichtet und themenbezogen weiterentwickelt werden.

Spionage und Sabotage: Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ist nach dem Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG) für die Aufklärung und Abwehr von Spionage und Sabotage durch ausländische Nachrichtendienste zuständig. Um Spionage und Sabotage in Realwelt aufzuklären, setzt das LfV offene und nachrichtendienstliche Mittel ein.

Zur Gewährleistung einer konsequenten Strafverfolgung und zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität im Kontext von Spionage und Sabotage arbeitet die Polizei Baden-Württemberg in einer zweistufigen Struktur. Sowohl beim LKA BW als auch bei den regionalen Polizeipräsidien werden politisch motivierte Straftaten von speziell geschulten Ermittlerinnen und Ermittlern der Inspektionen Staatsschutz bearbeitet. Das Staatsschutz- und Anti-Terrorismuszentrum Baden-Württemberg (SAT BW) beim LKA BW und die regionalen Polizeipräsidien arbeiten dabei Hand in Hand und in enger Abstimmung.

Eine gemeinsame Analyse und ein Austausch zu entsprechenden Sachverhalten durch die Sicherheitsbehörden erfolgt auf Landesebene über die Gemeinsame Informations- und Analysestelle (GIAS) des LKA BW und LfV und auf Bundesebene im Rahmen des in diesem Jahr eingerichteten Gemeinsamen Zentrums zur Abwehr hybrider Bedrohungen (GAZ Hybrid). Für die internationale Zusammenarbeit im

Bereich des Verfassungsschutzes ist das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zuständig, welches die Landesämter bei einem entsprechenden regionalen Bezug einbindet. Entsprechend koordiniert das Bundeskriminalamt den internationalen Austausch als Zentralstelle für die Polizeien der Länder.

In Bezug auf die Abwehr von Sabotage mit Drohnen beschäftigt sich die Polizei Baden-Württemberg seit Jahren intensiv mit dem Themengebiet der Detektion und Abwehr von Drohnen sowie deren technischer Weiterentwicklung. Sie ist im Bereich Drohnen im bundesweiten Vergleich gut aufgestellt und verfügt über gute Grundfähigkeiten im Bereich der Drohnendetektion und -abwehr. Sie gehört damit zu den Polizeien der Länder und des Bundes, die regelmäßig in diesen Bereich investieren und Entwicklungen vorantreiben. Es erfolgte beispielsweise die Einrichtung einer Zentralstelle, in diesem Fall das beim Polizeipräsidium Einsatz und dort bei der Polizeihubschrauberstaffel angegliederte Drohnenkompetenz- und -abwehrzentrum Baden-Württemberg (D-KAZ BW) bereits frühzeitig als eines der ersten Länder. Zudem erfolgt die Mitarbeit im bundesweiten Gemeinsamen Drohnenabwehrzentrum (GDAZ), der gemeinsamen Koordinierungsstelle der Polizeien von Bund und Ländern, des Bundeskriminalamts, der Bundespolizei sowie der Bundeswehr. Auf die Stellungnahme zum Antrag der Abg. Julia Goll u. a. FDP/DVP, Drohnen – Vorfälle, Risiken und Zuständigkeiten im Ernstfall, Drucksache 17/9591, wird zudem verwiesen.

In Bezug auf den Schutz der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) vor Sabotage haben in den vergangenen Jahren die Verflechtungen und Abhängigkeiten – sogenannte „Interdependenzen“ – innerhalb und zwischen den einzelnen Sektoren und Branchen stark zugenommen. Diese Interdependenzen und auch Infrastrukturnetze selbst sind vielfach nicht auf einzelne Staaten begrenzt, sondern wirken grenzüberschreitend. Auch vor diesem Hintergrund wurde bereits 2022 mit der Richtlinie (EU) 2022/2555 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union („NIS2-Richtlinie“) und der Richtlinie (EU) 2022/2557 über die Resilienz kritischer Einrichtungen („CER-Richtlinie“) ein unionsweiter, einheitlicher Rechtsrahmen für die Sicherheit und Resilienz von KRITIS und weiterer wichtiger Einrichtungen geschaffen, der in Baden-Württemberg mit der Cybersicherheitsverordnung und auf Ebene des Bundes mit dem BSI-Gesetz beziehungsweise dem KRITIS-Dachgesetz umgesetzt wird. Insbesondere werden im KRITIS-Dachgesetz KRITIS, die für beziehungsweise in sechs oder mehr Mitgliedsstaaten dieselben oder ähnliche wesentliche Dienste erbringen, als „kritische Einrichtungen, die von besonderer Bedeutung für Europa sind“ eingestuft. Die gesetzlichen Regelungen ermöglichen den Austausch relevanter Informationen zu Vorfällen zwischen den betroffenen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union. Darüber hinaus sind Beratungsmissionen zur Bewertung der Resilienzmaßnahmen möglich, die eine kritische Einrichtung von besonderer Bedeutung für Europa ergriffen hat. Mit europaweit einheitlichen Mindeststandards für den Schutz kritischer Infrastrukturen wird die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa gestärkt. Daher sind verstärkte grenzüberschreitende Kooperation und eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der KRITIS zu begrüßen.

Desinformation: Im Frühjahr 2025 wurde unter der Federführung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Europa in Zusammenarbeit mit dem LfV eine interministerielle Taskforce Desinformation eingerichtet. Als erster Meilenstein in der Arbeit der Taskforce wurde am 25. November 2025 ein „Aktionsplan des Landes Baden-Württemberg gegen Desinformation“ verabschiedet, an welchem verschiedene Ressorts und Partner, die in den Feldern Sicherheit, Bildung, Medienkompetenz und demokratische Resilienz Verantwortung tragen, zusammengearbeitet haben. Der Aktionsplan bündelt bestehende Maßnahmen aus verschiedenen Bereichen, ergänzt sie um neue Initiativen und fördert die Vernetzung der im Land vom Thema betroffenen Stellen. Zentrale Elemente sind eine landesweite Informationskampagne, der Ausbau von Analyse- und Monitoringkapazitäten beim LfV sowie die Stärkung von Bildungsangeboten zur Medienkompetenz. Der Aktionsplan, dessen Umsetzung Anfang dieses Jahres begonnen hat, ist als dynamisches Steuerungsinstrument angelegt und soll regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden.

Die dargestellten Maßnahmen belegen, dass Baden-Württemberg im Umgang mit hybriden Bedrohungen derzeit leistungsfähig und gut aufgestellt ist. Zugleich erfordert die wirksame Abwehr hybrider Bedrohungen eine kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der bestehenden Maßnahmen, da sich die Methoden fortlaufend verändern.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich sieht die Landesregierung Potenziale für gemeinsame Zuliefererstrukturen und Kooperationsprojekte mit französischen Partnerregionen. Im Rahmen der Frankreichstrategie der Landesregierung bestehen bereits zahlreiche Verbindungen zu den französischen Nachbarn, die vor denselben Herausforderungen stehen, was technologische Innovation im Bereich SVI und (Neu-)Ausrichtung der Unternehmensproduktionen im Dual-Use Bereich betrifft. Ein wichtiger Hebel dabei sind die Interreg-Programme, die grenzüberschreitende Projekte etwa in Forschung, Infrastruktur und weiteren Bereichen ermöglichen. Für Baden-Württemberg ergeben sich im Hinblick auf Frankreich Chancen, seine industriellen und technologischen Stärken – insbesondere im Maschinenbau, Automotive, Elektronik, Sensorik, KI, Software, Luft- und Raumfahrt sowie Präzisionsfertigung – stärker in europäische Wertschöpfungsnetzwerke der SVI einzubringen. Die Landesregierung sieht die SVI ausdrücklich auch als Treiber von Forschung, Innovation und industrieller Resilienz bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

12. *welche Auswirkungen ein möglicher Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union nach Einschätzung der Landesregierung auf die baden-württembergische Verteidigungswirtschaft haben könnte;*

13. *ob die Landesregierung die Ukraine aufgrund ihrer hohen Innovationsgeschwindigkeit und praktischen Erfahrungen insbesondere in den Bereichen Drohnen, digitale Gefechtsführung, Cybersicherheit und Verteidigungsproduktion als künftigen Partner und Wettbewerber Baden-Württembergs auf dem europäischen Verteidigungsmarkt sieht (mit der Bitte um Darlegung der Gründe).*

Zu den Ziffern 12 und 13 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die möglichen Auswirkungen eines möglichen zukünftigen Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union auf die SVI in Baden-Württemberg lassen sich derzeit nicht belastbar abschätzen. Perspektivisch können sich sowohl zusätzliche Kooperationschancen als auch intensiverer Wettbewerb ergeben.

Dr. Hoffmeister-Kraut

Wirtschaft, Handwerk und Tourismus